FSG
Sozialdemokratische GewerkschafterInnen in der Bundesarbeitskammer

Antrag Nr. 01

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 170. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 17. Juni 2021

MIT INVESTITIONEN BESCHÄFTIGUNG SCHAFFEN

Einleitung

Selbst mehr als ein Jahr nach Ausbruch der Covid-Wirtschaftskrise hat die Bundesregierung keine kohärente Strategie gefunden, um die Rekordarbeitslosigkeit einzudämmen. Noch nie wurde in Österreich so hohe Arbeitslosigkeit verzeichnet wie heute. Arbeitslosigkeit bewirkt massive finanzielle Beeinträchtigung für die Betroffenen und ihre Familien, bei längerer Dauer führt sie zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Armutsgefährdung. Sie bringt aber auch hohe wirtschaftliche Kosten mit sich. Österreich bewältigt die Krise im Vergleich mit Deutschland deutlich schlechter: Der Rückgang von Produktion und Einkommen fällt deutlich stärker aus, die Beschäftigungsverluste sind nahezu doppelt so hoch, dies obwohl deutlich mehr öffentliche Gelder zur Verfügung stehen und das Budgetdefizit etwa doppelt so hoch ausfällt. Wir brauchen eine neue Offensive, die mit einer abgestimmten nachhaltigen Strategie vielfältige Maßnahmen setzt, um Beschäftigung zu sichern, Arbeitslosigkeit zu verringern und in die Zukunft zu investieren.

Alle Politikbereiche müssen konsequent auf das Ziel der Beschäftigung ausgerichtet werden und – im Sinne des auf europäischer Ebene vereinbarten Green Deals – auf Nachhaltigkeit orientiert sein. Wir brauchen rasch umsetzbare und kurzfristig wirksame Maßnahmen gegen die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Covid-Krise, diese müssen allerdings in eine langfristige Transformationsstrategie eingebettet werden. Dies erfordert unmittelbar wirksame konjunkturelle Impulse für die Beschäftigung, aber auch langfristig höhere Ausgabenniveaus in den Zukunftsbereichen. Die Finanzierung eines Beschäftigungs- und Investitionsprogramms ist machbar: Unmittelbar bieten die Negativzinssätze auf Staatsanleihen großen Finanzierungsspielraum, im EU Aufbaufonds (Aufbau- und Resilienzfazilität der EU) warten über 3 Mrd. Euro um von Österreich abgeholt zu werden, die Job- und Investitionsoffensive finanziert sich zum Teil in Form höherer Abgaben selbst, progressive Vermögensteuern können nicht nur ein wichtiges Instrument zur Senkung der Steuern auf Arbeit sein, sondern auch zur Finanzierung eines besseren Sozialstaats beitragen.

Die Bundesarbeitskammer will mit dem vorgeschlagenen Programm mehrere Probleme gleichzeitig angehen:

- Beschäftigung schaffen, um die Rekordarbeitslosigkeit zu senken und Armut zu verhindern;
- die ArbeitnehmerInnen und Österreich besser auf die Erfordernisse der Klimapolitik und der Digitalisierung vorbereiten;
- Lücken im Sozialstaat schließen, die soziale Durchlässigkeit erhöhen und die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern;
- die soziale und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit für kommende Krisen erhöhen;
- einen maßgeblichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten.

Das Investitionsprogramm besteht aus vier Offensiven: ökologischer Wandel, klimagerechte Gemeinden, Bildung und soziale Dienstleistungen für mehr Lebensqualität.

Offensive ökologischer Wandel (Bruttokosten zumindest 1 Mrd. Euro pa, +10.000 Beschäftigte)

Österreich unterstützt den Europäischen Grünen Deal und will das Ziel der Klimaneutralität bereits 2040 erreichen. Dies ist eine gewaltige Herausforderung, die sich auf zahlreiche Politikbereiche – Energie, Verkehr, Wohnen uvm – auswirkt und einen enormen Investitionsbedarf erfordert. Österreich braucht deutlich höhere Investitionen in den ökologischen Wandel als bislang geplant. Bei sämtlichen Maßnahmen ist darauf zu achten, dass die Energiewende für die Haushalte – vor allem für diejenigen mit geringem Einkommen – keine untragbaren Kosten verursacht und dass sie positive Beschäftigungseffekte bringen. In unserem Verständnis ist Klimapolitik im Kern auch eine soziale Frage.

Mehr Mittel für den Schieneninfrastrukturausbau: Vorziehen zentraler Projekte und Sonderprogramme – Elektrifizierung von Regionalbahnstrecken, Beschleunigung, Lärmschutz, Ausbau und Attraktivierung von Haltestellen (Barrierefreiheit auf Bahnhöfen, bessere Fahrgastinformation, mehr Sicherheit & Fahrgastkomfort).

Für ein gutes flächendeckendes und leistbares öffentliches Verkehrsangebot (ÖV) – auch auf der ersten bzw. letzten Meile – werden mehr Beschäftigte im ÖV und zusätzliche Mittel für Investitionen in weitere Bus- und Mikro-ÖV-Verbindungen (sowie die dafür erforderlichen digitalen Plattformen und die volle Integration in die Verkehrsverbünde) und in den Ausbau der Rad- und Fußgängerinfrastruktur, benötigt. Die Umrüstung des öffentlichen Busverkehrs zur Umsetzung der „Clean Vehicles Directive“ (CVD) der EU erfordert ebenso höhere Investitionen, bei denen der Bund die Kommunen und Länder mit Förderungen unterstützen muss (Mehrkosten bis zu 80 Prozent fördern).

Die entscheidenden Hebel zur Steigerung der Energieeffizienz im Bereich der Raumwärme sind die thermische Sanierung von Gebäuden und der Austausch fossiler Heizungssysteme. Hier ist ein größeres Engagement des öffentlichen Sektors und eine effiziente Investitionsförderung in Kombination mit einer Forderung für energiearme Haushalte (Energie- und Klimahilfsfonds) notwendig.

Für Förderungen im Bereich der Fernwärme- und Fernkälteleitungen sind mehr Mittel bereitzustellen. Die Warteschlange in diesem Bereich muss abgebaut werden. Auch eine deutliche Aufstockung der öffentlichen Investitionszuschüsse ist für den Ausbau von Photovoltaikanlagen und Speichern sowie Wasser- und Windkraft zu begrüßen, um die Stromrechnung der Haushalte nicht überproportional zu belasten.

Offensive klimagerechte Gemeinden (Bruttokosten zumindest 0,5 Mrd. Euro und +5.000 Beschäftigte)

Städte und Gemeinden geraten finanziell durch die Pandemie besonders unter Druck, weil sie den Rückgang der Ertragsanteile sowohl aufgrund innerösterreichischer Budgetregeln bzw. Auflagen der Gemeindeaufsicht in den Bundesländern, als auch durch ungenügenden Zugang zu den Kapitalmärkten weniger leicht ausgleichen können als der Bund. Der Investitionsfonds für Städte und Gemeinden (KIP 2020) soll deshalb deutlich aufgestockt werden, andernfalls drohen Kürzungen besonders bei den wichtigen Investitionen – und damit bei den Möglichkeiten, die von der Corona-Krise ausgelöste Krise rasch zu

überwinden. Kommunale Investitionen haben besondere Bedeutung, weil sie direkt den BürgerInnen zugutekommen, regionale Wertschöpfung stimulieren, die Beschäftigung in allen Teilen des Landes stabilisieren und den Klimaschutz forcieren. Projekte wie der Ausbau von Elektroladeinfrastruktur, die thermische Sanierung von öffentlichen Gebäuden und die Installation von PV-Anlagen auf Gebäuden soll rasch vorangetrieben werden.

Dicht besiedelte Gebiete sind vom Klimawandel besonders betroffen. Gleichzeitig kann eine Verdichtung einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten, da sich Klimaschutzmaßnahmen hier deutlich effizienter umsetzen lassen. Dazu ist es notwendig, die Lebensqualität in den Kommunen und Städten weiter zu verbessern.

Im Rahmen des aufgestockten Investitionsfonds für Städte und Gemeinden ist ein eigenes Förderprogramm für gerechte kommunale und städtische Entwicklung für den Erhalt und Ausbau von Infrastrukturen im Wohn-, Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich auch in Krisenzeiten zu sichern. Folgende Aspekte sind dabei zu berücksichtigen:

> Ein qualitätsvolles Wohnumfeld macht krisenfest und ist die Basis für Lebensqualität. Investitionen in eine hochwertige Ausstattung, die Sicherstellung der Zugänglichkeit für alle Bevölkerungsgruppen und die Vorsorge und Erreichbarkeit von konsumzwangfreien Aufenthaltsorten, der Ausbau öffentlicher Räume, insbesondere von Grünräumen sind wichtig.
>
> Für eine sozial und ökologisch orientierte Krisenbekämpfung spielen öffentliche gemeinnützige Unternehmen eine besondere Rolle. Gerade in diesem Bereich sollen neue Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze geschaffen werden und müssen Investitionen rasch umgesetzt werden.
>
> Klimaschutzrelevante Investitionsförderung: Um den Klimawandel in der Stadt begegnen zu können, brauchen wir auch private Investitionen in grüne Innenhöfe und Flachdächer, Fassadenbegrünungen, die Nachrüstung von baulichen Beschattungselementen, Baumpflanzungen, Schaffung von Mikrofreiräumen und Flächenentsiegelung.

Offensive Bildung (0,4 Mrd. Euro, +12.000 Beschäftigte)

AK Chancenindex – Transparente und gerechte Schulfinanzierung (ca 300 Mio. Euro)

Das aktuelle Regierungsprogramm sieht ein Pilotprojekt für 100 Schulen mit besonderen Herausforderungen vor. Dies kann lediglich ein erster Schritt sein, denn nur eine flächendeckende Ausweitung des Chancenindex stellt die Unterstützung aller betroffenen Schulstandorte und ihrer SchülerInnen sicher.

Die Corona-Einschränkungen haben die Lernsituationen für viele SchülerInnen dramatisch verschlechtert. Die psychosozialen Belastungen sind sehr hoch. Umso dringlicher ist die rasche flächendeckende Einführung einer gerechten Schulfinanzierung nach dem AK-Chancenindex, um die pädagogischen und psychosozialen Herausforderungen an den Schulstandorten bewältigen zu können.

Digitalisierung im Bildungsbereich vorantreiben (100 Mio. Euro)

Mit dem digitalen Wandel steht die Arbeitswelt vor massiven Änderungen und großen Herausforderungen. Neben der Beschleunigung der Breitbandinvestitionen als wesentliche Voraussetzung, um das Potenzial der Digitalisierung – nicht zuletzt auch in Hinblick auf die Entwicklung des ländlichen Raums – ausschöpfen zu können, ist eine Digitalisierungsoffensive für den Bildungsbereich notwendig.

Der 8-Punkte-Plan für den digitalen Unterricht der Bundesregierung war ein erster wichtiger Schritt. Damit die Digitalisierung im Bildungsbereich aber auch Chancen für SchülerInnen eröffnet, muss zusätzliches Budget dauerhaft sichergestellt werden. Bisher ist offen, wie der Ausbau infrastruktureller Rahmenbedingungen (Breitbandanbindung oder W-LAN Versorgung) an Landesschulen sichergestellt wird. Neben der Frage, warum nicht auch ältere SchülerInnen oder BerufsschülerInnen mit Lerngeräten ausgestattet werden, ist ebenfalls ungeklärt, wie die schrittweise Ausstattung mit Endgeräten dauerhaft sichergestellt wird. Auch ist nicht entsprechend vorgesorgt, um PädagogInnen für den digitalen Unterricht und Homeschooling fortzubilden bzw. auszustatten: IT-Serviceleistungen, Applikationsbetreuungen und bedarfsorientierte Homeschooling-Sets (bspw. Laptops, Headset, Scanner, Drucker).

Förderung Erwachsenenbildung (22 Mio. Euro)

Erwachsene Menschen ohne Pflichtschulabschluss bilden eine höchstbenachteiligte Gruppe am Arbeitsmarkt und haben so gut wie keine Aussicht auf Weiterqualifizierung bzw. berufliche und soziale Mobilität. Seit 2012 gibt es in Österreich Gratislehrgänge zur Basisbildung und zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses. Das Angebot dieser „Initiative Erwachsenenbildung“ ist sehr gefragt, hat aber lediglich Projektstatus und muss immer wieder verlängert werden.

Die BAK fordert die Erhöhung des Budgets des Bundes für die Förderung der Erwachsenenbildung auf bis zu 1 % des Gesamt-Bildungsbudgets, das rd. 90 Mio. Euro und in etwa einer Verdoppelung der Ist-Situation entspricht. Damit kann sichergestellt werden, dass

> die Initiative Erwachsenenbildung ab 2022 verlängert und dabei im Bereich der Basisbildung ausgebaut werden kann. Der zusätzliche Mittel-Aufwand liegt bei rd. 16 Mio. Euro pro Jahr.
>
> darüber hinaus auch die Teilnahme- und Prüfungsgebühren für die Berufsreifeprüfung finanziert werden können. Hier gibt es bereits Förderprogramme der Länder. Der Bund sollte mit 50 % der Kosten einsteigen, was bei rd. 3.000 AbsolventInnen pro Jahr Kosten von jeweils rd. 4.000 Euro für den Bund also insgesamt ca. 6 Mio. Euro pro Jahr ausmachen würde.

Offensive soziale Dienstleistungen für mehr Lebensqualität (Bruttokosten ca. 2,7 Mrd. Euro pa und ca. 55.000 Beschäftigte)

Der Ausbau der sozialen Infrastruktur wie Kinderbildung/Kinderbetreuung, Gesundheit und Pflege deckt einen wichtigen gesellschaftlichen Bedarf ab. Zudem bringen Investitionen in soziale Dienstleistungen die höchste Beschäftigungswirkung von allen öffentlich finanzierten Maßnahmen und erzielen gleichzeitig sehr hohe Rückflüsse (rd. 70 %), wie Berechnungen des WIFO zeigen.

Ausbau Kinderbildung/Kinderbetreuung und Ganztagsschulen (0,6 Mrd. Euro)

Die große Bedeutung der Kinderbildung/Kinderbetreuung und Elementarbildung für Gesellschaft und Wirtschaft steigt in Zeiten von Corona-Krise und hoher Arbeitslosigkeit noch zusätzlich, da Investitionen in den Ausbau der Kinderbildung/Kinderbetreuung nachhaltiges Wachstumspotenzial auf mehreren Ebenen beinhalten: Sie unterstützen die elterliche Arbeitsmarktteilnahme, insbesondere der Frauen und fördern die Kindesentwicklung. Gleichzeitig werden neue Arbeitsplätze geschaffen, die wiederum zum Großteil Frauen zu Gute kommen, da in der Elementarbildung hauptsächlich Frauen beschäftigt sind.

Trotz positiver Entwicklungen in den letzten Jahren zeigen die aktuellen Daten den dringenden Bedarf eines weiteren Ausbaus des Kinderbildungs-/-betreuungsangebots: 2019 wurden österreichweit 27,6 % der unter 3-

jährigen Kinder in Kindertagesheimen betreut. Nur Wien (44 %) und Burgenland (34 %) haben bislang das Barcelona-Ziel von 33 % Betreuungsquote erreicht, die anderen Bundesländer liegen teils noch sehr deutlich darunter.

Reformprogramm Langzeitpflege mit Entlastungseffekt für das Gesundheitssystem (1,7 Mrd. Euro)

Der Sozialminister hat 2020 einen Prozess zur Reform der Langzeitpflege gestartet, der die kommenden Jahre laufen wird. Die Umsetzung von Reformschritten wird finanzielle Mittel benötigen.

Um die Situation pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen zu verbessern, sowie um eine Entlastung der Krankenhäuser zu bewirken, braucht es einen Ausbau von mobilen Diensten und teilstationären Angeboten, der über das Ausmaß des demografischen Wachstums hinausgeht. Der im AK-Pflegepaket vorgeschlagene Ausbau der Betreuung und Pflege zu Hause würde österreichweit eine zusätzliche Investition von 1,7 Mrd. Euro. pro Jahr erfordern, von denen rund 70 % über Steuern und SV-Beiträge wieder in öffentliche Haushalte zurückfließen. Zusätzlich werden regionale Wirtschaftsstrukturen gestärkt.

Die hochgradig systemrelevante Tätigkeit der Pflege wird derzeit zum ganz überwiegenden Teil von Frauen erbracht – sehr oft unter hohem Arbeitsdruck aufgrund von Personalmangel und mit geringer Entlohnung. Für Personalsicherheit im Gesundheits- und Langzeitpflegesystem – insbesondere nach der Corona-Krise – braucht es massive Investitionen in die Ausbildung der Gesundheitsberufe und in attraktivere Arbeitsbedingungen. Das bedeutet mehr Ausbildungsplätze an Schulen und FHs sowie verstärkte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und existenzsichernde Unterstützung für QuereinsteigerInnen aus anderen Branchen. Für verlässliche Arbeitszeiten und planbare Freizeit sowie verringerte Arbeitsdichte ist ein wissenschaftlich fundiertes Personalbemessungssystem zu entwickeln, dass eine ausreichende Personalausstattung in den verschiedenen Settings gewährleistet. Bis dieses vorliegt, braucht es Sofortmaßnahmen zur Entlastung der ArbeitnehmerInnen, insbesondere klare Regelungen, welche Zeiten in Dienstpläne eingerechnet werden dürfen und eine bessere personelle Ausstattung in den Nachtdiensten.

Aufstockung der psychosozialen Hilfsangebote (80 Mio. Euro)

In Österreich fehlt eine flächendeckende psychotherapeutische Versorgung insbesondere für Menschen, die sich private Angebote nicht leisten können. Schulsozialarbeit fristet ein Schattendasein, Integrationsangebote wurden in den letzten Jahren gekürzt. Arbeitslose bräuchten vielfach über die konkrete Vermittlung hinausgehende Unterstützung, um ihre Beschäftigungschancen zu erhöhen. Die Lücken in der psychosozialen Betreuung werden durch den steigenden Bedarf in der Pandemie noch größer. Nicht nur für das individuelle Wohlbefinden Betroffener und ihres Umfeldes ist es wichtig, diese Lücken zu schließen, sondern auch für Chancengerechtigkeit in einer inklusiven Gesellschaft. Öffentliche Angebote sind entsprechend auszuweiten. Mehr Geld in diesem Bereich würde nicht nur die Beschäftigungsfähigkeit der Begünstigten verbessern, sondern unmittelbar Beschäftigung schaffen.

Sicherstellung eines hochwertigen Gesundheitssystems für alle (350 Mio. Euro)

Die Krise hat uns gezeigt, dass nur ein solidarisches Gesundheitssystem die nötige Sicherheit für alle bietet. Privatisierungstendenzen – die besonders im Rahmen des Umbaus der Sozialversicherungen verstärkt aufgekommen sind – ist damit eine Absage zu erteilen. Eine Versorgung auf hohem Niveau ist für alle Berufsgruppen gleichermaßen sicherzustellen: („gleiche Leistungen für gleiche Beiträge“).

Versorgungsengpässe bei Medizinprodukten

Die bestehende Problematik der Anfälligkeit globaler Lieferketten und daraus entstehender Versorgungsengpässen mit Arzneimitteln und Medizinprodukten wurde durch die Corona-Krise verstärkt sichtbar.

Problemlösungsansätze wären insbesondere eine intensivierte Forschung, die verstärkte Lagerhaltung sowie Rückholung der Produktion von Arzneimitteln und Medizinprodukten nach Österreich und in die EU, die durch monetäre Anreize gefördert werden müsste. Gleichzeitig muss aber auch in den Förderauflagen eine langfristige Absicherung von hochwertigen Arbeitsplätzen vereinbart werden, sowie eine Unvereinbarkeit mit der Anwendung aggressiver Steuervermeidungspraktiken. Ein Aufbau lokaler Strukturen, um die Abhängigkeit von globalen Lieferketten zu verringern, wäre ein wichtiger Beitrag zur Krisenresilienz des Gesundheitssystems und angesichts künftiger Krisen in dringendem öffentlichen Interesse. Geförderte Produkte sollten dann im Sinne eines breiten gesellschaftlichen Nutzen, für die Allgemeinheit in einem ausreichenden Ausmaß und zu akzeptablen Preisen verfügbar sein.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher ein zukunftsweisendes Investitions- und Beschäftigungsprogramm im Umfang von ca. 8 Mrd. Euro (2 % des BIP). Der Investitionsteil davon beträgt rund 5 Mrd. Euro pro Jahr. Damit sollen die aktuellen Probleme der Gesundheitskrise und Rekordarbeitslosigkeit, als auch die Herausforderungen von Klimapolitik und Digitalisierung angegangen werden. Dieses Investitions- und Beschäftigungsprogramm kann mehr als 80.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und damit in Kombination mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie der Jobgarantie die „Corona-Arbeitslosigkeit“ zur Gänze abbauen. Die von der EU aus der Ausbau- und Resilienzfazilität zur Verfügung gestellten Mitteln sollten aus BAK-Sicht nur für neue Maßnahmen eingesetzt werden.

Offensive ökologischer Wandel

Attraktivierung und Ausbau des Schienenverkehrs sowie des öffentlichen Nahverkehrs mittels Bus- und MikroÖV-Verbindungen als auch guter Rad- und Fußweginfrastruktur;

thermische Sanierung von Gebäuden und Austausch fossiler Heizungssysteme;

Aufstockung der öffentlichen Investitionszuschüsse, damit erneuerbare Energiequellen nicht nur ausgebaut werden, sondern auch leistbar bleiben;

Einkommensschwache Haushalte müssen von Ökostromförderkosten befreit bleiben, für Haushalte ist der Förderkostenbetrag zu begrenzen.

Offensive klimagerechte Gemeinden

Um die geforderte zusätzliche Gemeindemilliarde zur Stabilisierung von Investitionen und Leistungen zu erreichen, sind – ergänzend zu den im Jänner bereits beschlossenen 500 Mio. Euro zusätzliche Ertragsanteile – noch 500 Mio. für den Investitionsfonds notwendig.

Mehr Investitionen und Beschäftigung in Unternehmen der Daseinsvorsorge.

Qualität des öffentlichen Raumes steigern, auch durch mehr Grünflächen, öffentliche Plätze und Kultureinrichtungen.

Offensive Bildung

Ausweitung des angekündigten Chancenindex-Pilotprojektes der Bundesregierung auf zumindest 500 Schulen mit transparenter Schulauswahl als Corona-Soforthilfe. In der Folge rasche Einführung der gerechten Schulfinanzierung nach dem AK Chancenindex für alle Schulen;

Digitalisierung im Bildungsbereich vorantreiben;

Förderung Erwachsenenbildung.

Offensive soziale Dienstleistungen für mehr Lebensqualität

Markanter Ausbau von Kinderbildung/Kinderbetreuung und Ganztagsschulen;

Umsetzung des AK-Pflegepakets in der mobilen und stationären Pflege inklusive Verbesserung der Arbeitsbedingungen;

Aufstockung der psychosozialen Hilfsangebote;

Nachhaltige Finanzierung des Gesundheitssystems ist durch einen Risikoausgleich zwischen den Berufsgruppen und einer Ausfallshaftung des Bundes sicherzustellen;

Versorgungsengpässe bei Medizinprodukten mit Forschung, Lagerhaltung und Rückholung der Produktion überwinden.

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☒	Mehrheitlich ☐